

## Für ein gutes Leben für Alle

**Die Flüchtlingsthematik steht momentan im Zentrum der österreichischen Gesellschaft und Politik. Tausende Menschen helfen ehrenamtlich in einer Situation, in der staatliche Institutionen versagen. Während Flüchtlinge sich selbst ihren Weg durch Europa bahnen, hat keine der bekannten Parteien überzeugende Lösungen anzubieten.**

Die Bewegung von geflüchteten Menschen quer durch Europa hat gezeigt, dass die europäischen PolitikerInnen keine Antworten geben können. Orban versucht um Ungarn einen Zaun zu bauen, die Länder wollen sich gegenseitig Flüchtlinge zuschieben. Populistische Kräfte versuchen Ängste zu schüren und die Not der Flüchtlinge für ihre Politik zu instrumentalisieren. Die Konflikte, die in der EU geführt werden, zeigen, wie zersplittert die Interessen der einzelnen Staaten in Wirklichkeit sind.

### Migration oder Flucht

Eines der Hauptargumente, das gegen die Aufnahme vieler Flüchtlinge gebracht wird, ist, sie als „Wirtschaftsflüchtlinge“ zu bezeichnen. Außerdem werden jene aus manchen Herkunftsstaaten eher akzeptiert als aus anderen. Obwohl klar ist,

aus ihrem Elend resultieren, folgen, ist das für uns legitime Migration - wir fordern offene Grenzen und heißen sie willkommen. Dabei sollen Menschen in den Ländern Asyl beantragen dürfen, in denen sie wollen.

### Arbeit und Arbeitslosigkeit

Es wird oft behauptet, dass es in Österreich schon genug Armut und Arbeitslosigkeit gebe und die Mieten schon jetzt kaum leistbar sind. Diese Probleme haben aber nichts mit Flüchtlingen zu tun, sondern sind gesellschaftliche Fragen, die wir gemeinsam beantworten müssen. Es sind die Konzerne, die Jobs abbauen um höhere Gewinne an die AktionärInnen ausschütten zu können, nicht die Flüchtlinge, die für Jobknappheit sorgen. Und es sind auch die Unternehmen, die versuchen billige Arbeitskräfte einzusetzen, um Löhne

sen wir uns zu Nutzen machen.

### Asylheime und Wohnen

Auch die Frage der Unterbringung von Asylsuchenden ist eine gesamtgesellschaftliche. Anstatt über Flüchtlingsheime oder Zelte zu diskutieren, braucht es Debatten über die Frage der Nutzung des gesellschaftlichen Reichtums. Nicht nur Flüchtlinge brauchen Wohnungen, auch die europäische Bevölkerung ist von Wohnungsnot betroffen. Eine Lösung wäre massiver neuer sozialer Wohnungsbau und die Verwendung der tausenden Wohnungen, die leer stehen, weil mit ihnen spekuliert wird.

Die öffentlichen Ausgaben für Flüchtlinge würden sich stark reduzieren, wenn sie am Arbeitsleben teilnehmen, ihr Geld selbst verdienen und ihre Mieten selbst

***„Viele MigrantInnen waren in ihren Heimatländern in Gewerkschaften aktiv, haben Demonstrationen gegen ihre Regierungen organisiert und an Streiks teil genommen. Diese Erfahrungen müssen wir uns zu Nutzen machen.“***

dass in Syrien ein furchtbarer Krieg tobt (der leider noch Jahre dauern wird), bringen viele Menschen das Argument, dass die Flüchtlinge ja schon eine Weile in der Türkei oder dem Libanon gelebt hätten.

Wir wollen uns auf diese Diskussion nicht einlassen. Ganz ehrlich: Wer will auf unabsehbare Zeit in einem überfüllten libanesischen Flüchtlingslager leben, ohne gesundheitliche Versorgung, ohne Bildung für die Kinder, ohne Perspektive? Ob Menschen vor dem Tod durch Krieg oder Verfolgung oder aber durch Krankheiten oder Hunger fliehen, macht für uns keinen Unterschied. EU-Staaten und USA bringen Kriege und Waffen in arme Länder und versuchen mit der Ausbeutung der Rohstoffe Profit zu machen. Wenn Menschen den Geldströmen, die

zu drücken und so höhere Profite zu erzielen. Es waren auch nicht die Flüchtlinge, die 20 Milliarden an Steuergeldern in die Hypo-Rettung gesteckt haben, die jetzt bei Gesundheit und Bildung fehlen.

Die Antwort darauf muss sein, unsere neuen KollegInnen in Gewerkschaften oder andere Strukturen der ArbeiterInnenbewegung zu integrieren. Die Unternehmen gehen immer mehr in die Offensive gegen die Gewerkschaften und die ArbeiterInnen. Der Kampf dagegen kann nur von den Arbeitenden gemeinsam geführt werden, unabhängig davon, welche Herkunft sie haben. Viele MigrantInnen waren in ihren Heimatländern in Gewerkschaften aktiv, haben Demonstrationen gegen ihre Regierungen organisiert und an Streiks teil genommen. Diese Erfahrungen müs-

bezahlen könnten. Die eigentliche Ursache der angeblichen „Flüchtlingsproblematik“ liegt darin, dass sie von den Herrschenden lieber als illegale, billige Arbeitskräfte eingesetzt werden, die von Abschiebung bedroht sind und sich daher nicht für ihre Rechte einsetzen können.

### Kapitalismus als Ursache

Natürlich müssen auch die Ursachen der Flucht - militärische Interventionen, kapitalistische Ausbeutung der armen Länder und diktatorische Regime - bekämpft werden. Menschen fliehen nicht aus Wanderlust aus ihrer Heimat, in der sie Familie, FreundInnen und gewohnte Umgebung haben, in eine ungewisse Zukunft, sondern weil sie keinen anderen Ausweg sehen. Deshalb heißen wir sie willkommen!

## Verhandlungen HG2

Die Hauptgruppe 2 verhandelt seit September mit der KAV-Direktion und der Gemeinde Wien. In der Zwischenzeit hat die CARE Revolution zwei mal über 500 KollegInnen auf die Straße mobilisiert und Druck gemacht. Die Forderungen waren 30 % mehr Lohn und 30 % mehr Personal. Außerdem wird von der Gewerkschaft gefordert, dass sie die Belegschaft auf Betriebsversammlungen einbindet und eine Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis abhält. Es gilt die Devise: So knapp hinter der Gewerkschaft stehen, dass sie nicht umfallen kann!

Mittlerweile hat die Hauptgruppe 2 in einigen Häusern Dienststellenversammlungen abgehalten. Die Versammlungen waren allerdings als reine Informationsveranstaltungen organisiert. Was wir brauchen sind gemeinsame Diskussionen darüber wie die Verhandlungen geführt werden, wie Druck erzeugt werden kann und wie gemeinsam Kampfmaßnahmen organisiert werden sollen.

## Gute Pflege für Alle

Im Lazarett am Hauptbahnhof sind seit einigen Wochen hunderte PflegerInnen und ÄrztInnen ehrenamtlich aktiv und betreuen ankommende Flüchtlinge. Viele KollegInnen berichten davon, dass sie dadurch wieder Sinn in ihrem Beruf gefunden haben. Unbürokratische und solidarische Zusammenarbeit ohne künstliche Hierarchien. Auf Druck der Solidaritätsbewegung haben sich etliche Unternehmen bereit erklärt, ihre Beschäftigten einige Tage für ehrenamtliche Arbeiten freizustellen.

## Langzeitkrankenstände

Dauerkrankenstände müssen aus dem Plan und nach besetzt werden. Natürlich sollen kranke KollegInnen, wenn sie zurück kommen, wieder einen Arbeitsplatz bekommen. Aber Langzeitkrankenstände sind keine Einzelfälle, sondern ein Massenphänomen im KAV. Durch den schlimmer werdenden Personalmangel wird's auch nicht besser. Im Fall von langen Krankenständen bezahlt nicht der Dienstgeber, sondern die Sozialversicherung. Man könnte fast das Gefühl haben,



Am 5. September und am 5. Oktober demonstrierten jeweils über 500 KollegInnen für mehr Lohn und Personal in Krankenhaus und Pflege.

der KAV will durch die Krankenstände sparen.

## Wilhelminenspital: Notaufnahme neu gescheitert?

Die ausgebaute Erstversorgung im Wilhelminenspital galt als Prestigeprojekt von Gesundheitsstadträtin Wehsely und sollte andere Abteilungen entlasten und Verbesserungen in der PatientInnenversorgung bringen. Die Realität sieht heute anders aus, die schlechten Arbeitsbedingungen führen zu einer wahren Flucht des Personals, PatientInnen verlassen die Notaufnahme fluchend und oft führt die Überforderung auf der Notaufnahme auch noch zu Chaos auf anderen Stationen. Wenn es um Fototermine geht, sind Direktion und Politik schnell zur Stelle, mit den auftretenden Problemen werden wir aber allein gelassen.

## Dienstplan in Klein

Die Schriftgröße des Dienstplans ist oftmals so klein, dass nur mehr Adleraugen ihn lesen können. Ein Kollege scherzt dazu: „Ich geh einfach zu jedem Schichtbeginn in die Arbeit und frage ob ich gebraucht werde, weil den Dienstplan kann ich nicht mehr lesen.“ Doch es gibt Abhilfe, es wurden von aufmerksamen KollegInnen bereits Lupen bereit gelegt.

## Stationssekretäre

Lange sind die StationssekretärInnen zur Entlastung versprochen worden. Da wo es sie jetzt gibt, arbeiten sie Montag bis Freitag bis zum Nachmittag, also in den Zeiten wo vergleichsweise viel Personal

anwesend ist. Am Wochenende oder am Nachmittag, wo sie am meisten gebraucht werden, steht man wieder allein da.

## Karenzen nachbesetzen

Es gibt immer wieder Probleme, wenn KollegInnen in Karenz gehen, weil die Stellen nicht nachbesetzt werden. Der KAV scheint nicht fähig zu sein, eine Lösung zu finden - immerhin kommen die KollegInnen ja wahrscheinlich wieder zurück. Wir verstehen, dass es für die Direktion schwierig ist, damit umzugehen, immerhin ist ja nicht allgemein bekannt, dass Frauen Kinder bekommen können oder dass es im Sommer heiß wird.

## Veranstaltung der RSO:

### Generation Revolution gemeinsam diskutieren und aktiv werden

**Freitag 30. Oktober, 19:00:**

Revolutionäre Zeiten: Wie kann die Festung Europa zerschlagen werden? Wo rührt sich Widerstand? Für welche Zukunft müssen wir kämpfen?

**Samstag 31. Oktober, 15:00:**

Nicht jammern – organisieren! Braucht es eine neue linke Partei? Was macht die RSO? Und was tust du gegen den Kapitalismus?

18:00: Wir sind nicht Volk - wir sind Klasse! Gibt es heute noch eine „Arbeiterklasse“? Wer sind die „99 Prozent“? Und wie können wir sie erreichen?

20:00 Red Lounge / Ausklang  
Musik, Essen und Getränke

## Ihre / Deine Hilfe ist gefragt!

Der KLARTEXT wird gemeinsam von der Revolutionär Sozialistischen Organisation (RSO) und von KollegInnen und Kollegen im KAV herausgegeben. Hilf mit und schick uns Informationen, die andere KollegInnen wissen sollten, an: [klartext@sozialismus.net](mailto:klartext@sozialismus.net)

[www.sozialismus.net](http://www.sozialismus.net)

**Wir sind erreichbar unter [klartext@sozialismus.net](mailto:klartext@sozialismus.net)**